

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

Abschiebestopp in den Iran: Was sind die Gründe?

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD), eingegangen am 13.11.2022 - Drs. 19/20
an die Staatskanzlei übersandt am 16.11.2022

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung
vom 15.12.2022

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 06.10.2022 veröffentlichte das Ministerium für Inneres und Sport eine Pressemitteilung mit der Überschrift „Niedersachsen wird vorerst nicht in den Iran abschieben - Pistorius kündigt Antrag auf Abschiebestopp bei der Herbst-IMK an“¹.

Vorbemerkung der Landesregierung

Aufgrund der gegenwärtigen katastrophalen Menschenrechtslage hat sich Niedersachsen als erstes Bundesland für eine Aussetzung des Abschiebungsvollzugs in den Iran eingesetzt.

Auf Basis einer gemeinsamen Initiative aus Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern wurde das Thema auf der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), die vom 30.11. bis 02.12.2022 in München tagte, beraten. Mit einem einstimmigen Beschluss der IMK wurde entschieden, dass bis auf Weiteres bundesweit keine Abschiebungen in den Iran durchgeführt werden. Lediglich Personen, die die öffentliche Sicherheit gefährden (vor allem Gefährder und Straftäter, die schwere Straftaten begangen haben), werden weiterhin in den Iran abgeschoben und wurden daher ausdrücklich von der Aussetzung des Rückführungsvollzugs ausgenommen.

Außerdem hat die IMK ihre Solidarität mit den friedlichen Protesten für die universellen Menschenrechte und gegen die systematische Unterdrückung von Frauen und ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten im Iran unterstrichen. Zugleich hat die IMK die Verantwortung, Menschen in Deutschland vor dem Zugriff durch das iranische Regime zu schützen, hervorgehoben.

Die genannte niedersächsische Initiative beinhaltete auch, dass die Situation im Iran weiterhin beobachtet wird. Daher hat die IMK das BMI, in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt, darum gebeten, in der Frühjahrs-IMK 2023 über die sicherheits- und abschiebungsrelevante Situation im Iran zu berichten.

Bereits im Vorfeld der Beratungen der IMK hat das Ministerium für Inneres und Sport mit Blick auf die Situation im Iran die Ausländerbehörden mit Runderlass vom 13.10.2022 gebeten, zunächst keine Abschiebungen von vollziehbar ausreisepflichtigen iranischen Staatsangehörigen einzuleiten. Der genannte Erlass weist jedoch ebenso darauf hin, dass die Abschiebung von Gefährdern, Straftätern und hartnäckigen Identitätsverweigerern weiterhin in Betracht kommt.

¹ <https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/niedersachsen-wird-vorerst-nicht-in-den-iran-abschieben-pistorius-kundigt-antrag-auf-abschiebestopp-bei-der-herbst-imk-an-216008.html>

1. Wie viele vollziehbar ausreisepflichtige iranische Staatsangehörige halten sich derzeit in Niedersachsen auf (bitte aufschlüsseln nach Geschlecht)?

Der Aufenthaltsstatus einer Ausländerin oder eines Ausländers wird im Ausländerzentralregister (AZR) des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gespeichert. Das BAMF übernimmt auch die statistische Aufbereitung der Daten aus dem AZR und stellt den Ländern monatliche Auswertungen zur Verfügung.

Zum Stichtag 31.10.2022 lebten in Niedersachsen insgesamt 717 ausreisepflichtige Personen mit iranischer Staatsangehörigkeit (davon 518 Männer, 196 Frauen, 3 unbekanntes Geschlecht), dabei war allerdings bei 626 Personen der Vollzug der Abschiebung vorübergehend ausgesetzt; diese Personen sind im Besitz einer Duldung (davon 462 Männer, 161 Frauen, 3 unbekanntes Geschlecht). In der monatlichen Statistik des BAMF ist nicht danach differenziert, ob eine Ausreisepflicht (z. B. aufgrund noch ausstehender Rechtsschutzverfahren) bereits vollziehbar ist.

2. Wie schätzt die Landesregierung die derzeitige gesamtpolitische Lage im Iran ein?

Siehe Vorbemerkung.

3. Aus welchen konkreten Gründen sieht die Landesregierung ein besonderes Schutzbedürfnis bei dem kompletten in Frage 1 genannten Personenkreis, das einer Abschiebung entgegensteht?

Siehe Vorbemerkung.

4. Warum gilt gemäß der Pressemitteilung der Abschiebestopp auch für etwaige iranische Straftäter mit islamistischem Hintergrund, die in ihrer Heimat bei den derzeit dort herrschenden politischen Verhältnissen von den staatlich-religiösen Autoritäten nicht nur nichts zu befürchten hätten, sondern aufgrund ihrer streng islamistischen Ausrichtung auch keine politische Verfolgung befürchten müssten?

Siehe Vorbemerkung.

5. Gibt es weitere Länder, in die aufgrund derzeitiger breiter Proteste in der Bevölkerung und damit einhergehender Auseinandersetzungen mit den örtlichen Sicherheitsorganen nicht abgeschoben wird?

Nein.

(Verteilt am 16.12.2022)